

Francia. Forschungen zur westeuropäischen Geschichte

Herausgegeben vom Deutschen Historischen Institut Paris

(Institut historique allemand)

Band 27/3 (2000)

DOI: 10.11588/fr.2000.3.61961

Rechtshinweis

Bitte beachten Sie, dass das Digitalisat urheberrechtlich geschützt ist. Erlaubt ist aber das Lesen, das Ausdrucken des Textes, das Herunterladen, das Speichern der Daten auf einem eigenen Datenträger soweit die vorgenannten Handlungen ausschließlich zu privaten und nicht-kommerziellen Zwecken erfolgen. Eine darüber hinausgehende unerlaubte Verwendung, Reproduktion oder Weitergabe einzelner Inhalte oder Bilder können sowohl zivil- als auch strafrechtlich verfolgt werden.

Maurice VAÏSSE, Pierre MÉLANDRI, Frédéric BOZO (Hg.), *La France et l'OTAN 1949–1996*, Bruxelles (Complexe) 1996, 646 S. (Interventions).

Der vorliegende Aufsatzband sammelt die Beiträge einer Tagung, die das »Centre d'études d'histoire de la Défense« 1996 anlässlich des dreißigsten Jahrestags des französischen Rückzugs aus der militärischen Integration der NATO in der École militaire veranstaltet hat. In 31 Aufsätzen behandeln ausgewiesene internationale Experten alle Aspekte des Verhältnisses Frankreichs zur NATO von der Gründung der Allianz bis Mitte der neunziger Jahre. Damit ist den Herausgebern eine eindrucksvolle Bündelung des derzeitigen Forschungsstands zum Thema gelungen. Die einführenden Darstellungen zur französischen Sicherheitspolitik der frühen Nachkriegsjahre von Georges-Henri SOUTOU, Charles COGAN, Pierre GUILLEN, Pierre GERBET und Jean-Jacques BECKER verdeutlichen die Entwicklung der französischen Bedrohungsvorstellung, die zunächst auf die deutsche Gefahr konzentriert war und sich dann seit 1947/48 zunehmend des sowjetischen Drohpotentials bewußt wurde. Parallel hierzu gewann die Idee einer Beteiligung an einer integrierten westlichen Verteidigungsorganisation in Frankreich immer mehr Anhänger. Allerdings entwickelten sich – wie SOUTOU herausarbeitet – zwei Denkschulen: Hier eine »atlantische« unter Führung von Außenminister Georges Bidault, die Frankreichs Sicherheit und seine globalen Interessen nur in engstmöglicher bilateraler Verbindung mit den Amerikanern gewahrt sah; dort eine »europäische« um Staatspräsident Vincent Auriol, die eine europäische Organisation favorisierte, die zwar mit den USA verbündet, aber stärker auf die Wahrung eigener Interessen bedacht sein sollte. Zudem glaubten die meisten französischen Politiker sowie etliche Militärs, daß eine auf zwei – europäisch-amerikanischen – Pfeilern ruhende Verteidigungsorganisation die Sowjetunion weniger provozieren werde als eine rein amerikanisch dominierte Allianz und daher besser geeignet sei, eine Wiederaufnahme des abgerissenen Ost-West-Dialogs zu fördern. Dieser Streit verlor mit der Gründung der NATO zunächst an Bedeutung. Nun standen praktische Fragen sowie das Bedürfnis im Vordergrund, Frankreich einen optimalen Anteil an (strategischer) Mitsprache und (militärischer) Unterstützung durch das Bündnis zu verschaffen, wie die Beiträge von Marc TRACHTENBERG, Patrick FACON und Philippe VIAL belegen. Eifersüchtig achtete man auch auf die Wahrung von Gleichberechtigung und eigener Souveränität – so im Hinblick auf die in Frankreich stationierten amerikanischen Truppen, die allerdings auch eine gewisse Amerikanisierung der französischen Gesellschaft bewirkten (Olivier POTTIER). Die Episode der EVG förderte trotz des Scheiterns der Europa-Armee immerhin den Abbau des deutschen Feindbildes in Frankreich und ermöglichte damit die französische Zustimmung zum deutschen NATO-Beitritt, wie Marcel DUVAL in einem Zeitzeugenbericht betont.

Indes drohte in den fünfziger Jahren latent die Möglichkeit, daß bei einer vermeintlichen oder tatsächlichen Mißachtung französischer Interessen jene Stimmen wieder zunähmen, die auf eine stärkere Europäisierung der westlichen Verteidigung drangen. Tatsächlich entstand in den fünfziger Jahren in Frankreich eine wachsende Unzufriedenheit über den eigenen Status minus in der NATO. Zudem mehrten sich im Zuge der Herausbildung des atomaren Patts der beiden Supermächte die Zweifel an der Zuverlässigkeit der amerikanischen Beistandsgarantie. Diese Gefühle steigerten sich 1956 anlässlich der ausbleibenden amerikanischen Unterstützung für die französisch-britische Suez-Intervention zu offener Empörung. An diese Mißstimmung knüpfte Charles de Gaulle nach seiner Rückkehr an die Macht 1958 an. Insofern besteht eine deutliche Kontinuitätslinie von der IV. zur V. Republik, wie Maurice VAÏSSE in seiner Analyse der französischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik der Jahre 1958 bis 1963 betont. Im Mittelpunkt der entsprechenden Ideen des Generals stand zunächst das Projekt eines globalen »Dreierdirektoriums«. Trotz aller Bedeutung, die de Gaulle der Europapolitik und vor allem den Beziehungen zum deutschen Nachbarn beimaß, erschienen ihm allein die angelsächsischen Mächte als gleichrangige Partner. Mit ihnen zusammen wollte er Politik und Strategie des Westens bestimmen. Dieser Plan scheiterte,

weil die USA weder willens noch in der Lage waren, Frankreichs Nuklearrüstung zu fördern und das Land derart aufzuwerten, ohne die übrigen europäischen Partner, nicht zuletzt die mit ihnen in einer *special relationship* verbundenen Briten, wie Geoffrey WARNER betont, zu düpieren und damit die Allianz zu schwächen. Daher markieren die Jahre 1962/63 für Vaïsse eine deutliche Zäsur in der französischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik: Die Beilegung des Algerienkonflikts und das Ende des Kalten Krieges, das sich mit der Entschärfung von Berlin- und Kuba-Krise abzeichnete, bestärkten de Gaulle in seinem Willen zu größerer Unabhängigkeit seines Landes von den Amerikanern und der von ihnen dominierten NATO, zumal dieser Kurs auch vom Gros der französischen Bevölkerung getragen wurde (Michel WINOCK und Jean-Paul BRUNET). Indes galten für seine Einstellung zum Bündnis mit den USA sowie zur westlichen Allianz insgesamt, daß – wie Vaïsse betont – »indépendance et solidarité« sich keineswegs ausschlossen.

Mit seinem neuen Konzept einer *Europe européenne* kehrte de Gaulle zum Primat der europäischen Zusammenarbeit zurück. Bevorzugter Partner war hierbei die Bundesrepublik. In den deutschen Regierungsparteien CDU und CSU gab es Anfang der sechziger Jahre aber nur eine Minderheit, die unter Führung von Bundeskanzler Konrad Adenauer auf das französische Werben eingehen wollte. Sie bezweifelten insbesondere die Zuverlässigkeit des amerikanischen Verbündeten, wie Reiner POMMERIN in seiner Analyse herausarbeitet, die den deutsch-französischen Bilateralismus in den größeren Zusammenhang der NATO und deren strategische Überlegungen – die auch im Mittelpunkt des Aufsatzes von Lawrence KAPLAN stehen – einordnet. Die USA setzten dem die MLF entgegen: Sie sollte die Westeuropäer gegen atomare Sirenenklänge aus Frankreich immunisieren. Allerdings fand diese Idee Mitte der sechziger Jahre nur noch in Westdeutschland Anhänger, so daß sie letztlich scheiterte, woran eben nicht nur de Gaulles zunehmend schärfere Opposition gegen die MLF Schuld trug, wie Colette BARBIER in ihrem Beitrag betont.

In den Jahren nach de Gaulles Doppelveto in seiner Pressekonferenz vom Januar 1963 – gegen den britischen EWG-Beitritt und eine französische Beteiligung an der MLF – zeichnete sich die Unvereinbarkeit von amerikanischem *Grand Design* und gaullistischem *Europe européenne* immer deutlicher ab. Insofern kann man Frankreichs Rückzug aus der militärischen Integration im Frühjahr 1966 durchaus auch als Teil der »Chronik einer angekündigten Entscheidung« interpretieren, wie dies Frédéric BOZO in seiner Analyse von Entstehung und Auswirkungen des entsprechenden Schritts macht. Nicht die Tatsache des Austritts an und für sich, sondern lediglich der Termin, so seine Quintessenz, kamen für die Verbündeten überraschend und provozierten daher – so auch Charles ZORGBIBE – scharfe Kritik, vor allem in den USA (Frank COSTIGLIOLA), Großbritannien (Beatrice HEUSER/Cyril BUFFET), den Niederlanden (Albert KERSTEN), Italien (Leopoldo NUTI) und Kanada (Paul LÉTOURNEAU). Allerdings verschwand diese wieder in dem Maße, wie sich in den Monaten danach eine praktikable Kooperation zwischen Frankreich und der NATO abzeichnete, an der sich auch die französischen Militärs konstruktiv beteiligten, wie Frédéric GUELTON herausarbeitet. Nur die Sowjetunion hatte de Gaulles Entscheidung von Beginn an begrüßt, schien dieser Schritt doch die Allianz zu schwächen und die eigene Propagandathese vom Zerfall der westlichen Gemeinschaft zu bestätigen, ohne daß man hier aber de Gaulles weitergehende Vision eines Abbaus west-östlicher Spannungen und einer Auflösung der Blöcke gutgeheißen hätte, wie Mikhail NARINSKI in seinem Beitrag betont.

Letztlich wirkt de Gaulles militärpolitisches Erbe bis heute nach, wie die abschließenden Beiträge von Pierre MÉLANDRI und Samuel F. WELLS Jr. belegen: Auch seine Nachfolger im Amt des französischen Staatspräsidenten behielten seinen Kurs nationaler Unabhängigkeit in Verteidigungsfragen grundsätzlich bei. Dies galt für den Gaullisten Georges Pompidou ebenso wie für den stärker atlantisch ausgerichteten Liberalkonservativen Valéry Giscard d'Estaing und auch für den einstigen de Gaulle-Gegner, den Sozialisten François Mitterrand.

Allerdings gehört es zu den Paradoxien des französisch-atlantischen Verhältnisses, daß sich Frankreich in den letzten Jahrzehnten ungeachtet aller Rhetorik von eigener Größe und Unabhängigkeit der NATO operativ immer stärker angenähert hat, wie Diego A. RUIZ PALMER und Bruno TERTRAIS in ihren Aufsätzen betonen. Dennoch lassen insbesondere die französischen Tagungsteilnehmer in ihren Beiträgen keinen Zweifel daran, daß sie die Zeit für eine Revision der Entscheidung vom Frühjahr 1966 noch nicht für gekommen halten. Weiterhin harrt, so Dominique MOÏSI in seinem Schlußwort, die alte, aber noch immer aktuelle »question principale« einer Antwort: »Comment faire l'Europe sans l'Amérique, comment la faire avec elle?«

Reiner MARCOWITZ, Dresden

Richard H. PELLs, *Not like us: How Europeans have loved, hated, and transformed American culture since World War II*, New York (BasicBooks) 1997, XVIII–444 S.

Vor dem Hintergrund des stolz aufragenden Eiffelturms zeigt das Titelbild von »Not Like Us« Insignien der amerikanischen Konsumwelt, die seit 1945 zu Alltagserscheinungen im europäischen Straßenbild geworden sind: Coca-Cola-Flasche und McDonald's-Zeichen, Marlboro-Cowboy und Levis-Jeans. Richard Pells, Historiker an der University of Texas in Austin, warnt jedoch davor, aus solchen und anderen, mehr der Hochkultur entlehnten Beispielen zu folgern, Europa sei nach dem Zweiten Weltkrieg tiefgreifend amerikanisiert worden. Für Pells stellt sich die Rezeption amerikanischer kultureller und intellektueller Einflüsse als ein sperriger Prozeß dar, in dem Aufnahmebereitschaft und Widerstand, partielle Übernahmen und europäische Umdeutungen vielfach verzahnt sind. Damit ist ein überfälliges Plädoyer formuliert, die in jüngster Zeit oft beschriebene »Amerikanisierung« Europas nicht zum allgemeingültigen Erklärungsmuster erstarren zu lassen.

Pells entwickelt diese Überlegungen in zwölf Sachkapiteln, die entlang der Chronologie des europäisch-amerikanischen Verhältnisses seit dem Ersten Weltkrieg angelegt sind. Die Ursprünge der amerikanischen Kulturdiplomatie, der Marshall-Plan und die akademischen Austauschprogramme nach 1945 geraten damit gleichermaßen in den Blick wie die Situation der europäischen Amerikakunde in den 1950er Jahren, die Ausstrahlung amerikanischer Produktions- und Vertriebsstrukturen auf Europa und die Attraktivität der Filmkultur des alten Kontinents für Amerikaner. Streckenweise liest sich die Darstellung wie die Geschichte einer nicht enden wollenden Kette von Mißverständnissen, in der beide Seiten immer wieder auf stereotype Wahrnehmungen zurückgefallen sind: Europäische Intellektuelle nahmen vorrangig die inneramerikanische Sozialkritik und die Anonymität der Massengesellschaft in den USA wahr, während umgekehrt Amerikaner in Europa ihre eigenen Enklaven bildeten etc. Pells zeigt auf diese Weise, wie vordergründig die vielerorts beschworene kulturpolitische Ideologie ist, wonach die Begegnung von Menschen unterschiedlicher Herkunft an sich schon ein Königsweg zur besseren Verständigung sei.

Für französische Leser dürfte der Band eher noch als für deutsche die Kehrseiten der Amerikanisierung deutlich aufzeigen, bezieht er sich doch immer wieder auf die französische Skepsis gegenüber der amerikanischen Kultur und den zum Teil offenen Widerstand in Frankreich gegen Importe aus den USA – von der mißlungenen USA-Reise Simone de Beauvoirs 1947 über Jean-Jacques Servan-Schreibers Warnung vor der ökonomischen und technologischen Übermacht der USA (*Défi américain*, 1967) bis zur umstrittenen Eröffnung des Disneyland in Marne-la-Vallée 1992. Gleichzeitig aber veranschaulicht die Faszination, welche die französische Philosophie und Literaturwissenschaft auf amerikanische Intellektuelle ausgeübt haben, daß die transatlantische Beziehungsgeschichte nach 1945 auch zu wichtigen europäischen Transfers nach Amerika führte und viel stärker in ihren interaktionistischen Dimensionen gesehen werden sollte. Trotz solcher und anderer treffenden Be-